

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

vom 28. Oktober 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Oktober 2025)

zum Thema:

Anstieg der Zwangsheiraten während der Sommerferien

und **Antwort** vom 13. November 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Nov. 2025)

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24238
vom 28. 10.2025
über Anstieg der Zwangsheiraten während der Sommerferien

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung: Die angegebenen Daten zu den Fragen 1, 2 und 7 wurden der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) entnommen, die jeweils zum Jahresende festgeschrieben wird. Die PKS ist eine bundesweit einheitliche statistische Zusammenstellung aller polizeilich bekannt gewordenen Straftaten, zu denen die polizeilichen Ermittlungen abgeschlossen sind (Ausgangsstatistik). Die Erfassung erfolgt tatortbezogen, sodass in der PKS Berlin Vorgänge, die von auswärtigen Polizeidienststellen oder der Bundespolizei erfasst wurden, enthalten sind, sofern sich der Tatort in Berlin befindet.

1. Die Autorin und frühere Anwältin Seyran Ateş hat vor einem Anstieg der Zwangshochzeiten während der Sommerferien gewarnt. Gerade zu dieser Zeit häuften sich solche Vorfälle, sagte sie dem RBB. Inwiefern kann der Senat dies bestätigen?

Zu 1.: Der erfragte, sich jährlich verändernde, Betrachtungszeitraum „Sommerferien“ wurde für die Jahre 2022 bis 2024 einheitlich auf eine Tatzeit vom 1. Juni bis 31. August festgelegt. Aufgrund der geringen Fallzahlen zum Delikt „Zwangsheirat“ (siehe Antwort zu Frage 7.) können auf Basis der PKS durch die Polizei Berlin keine fundierten Schlussfolgerungen im Sinne der Fragestellung getroffen werden.

Daten zum Delikt „Zwangsheirat“ der Jahre 2022-2024 im Betrachtungszeitraum 1. Juni bis 31. August können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Zwangsheirat (PKS-Schlüssel: 232500) mit eingetragener Tatzeit Juni - August				
Jahr	Anzahl Fälle	davon Versuche	Anzahl Opfer	davon minderjährig
2022	3	1	3	2
2023	1	1	1	0
2024	2	1	2	2

Quelle: PKS Berlin

- Im Jahr 2022 hätte die Hauptstadt beinahe 500 Fälle von drohenden oder vollzogenen Zwangsheiraten erfasst. „Ich befürchte, dass die Zahlen noch zunehmen werden“, so Ateş. Das liege auch daran, dass seit dem Jahr 2015 noch mehr Migranten eingewandert seien. Welche Zahlen liegen dem Senat zu (vermuteten) Zwangsverheiratungen von Schülerinnen und Schülern (während der Sommerferien) vor?

Zu 2.: Im Hinblick auf die Teilfrage zu Zwangsheiraten von geschädigten Schülerinnen und Schülern während der Sommerferien wird darauf hingewiesen, dass zwar die Erfassung der Geschädigteneigenschaft „Schülerin/Schüler“ prinzipiell möglich ist, jedoch dieser Opfertyp hauptsächlich bei der Erfassung von Delikten mit direktem Schulbezug verwendet wird. Da Zwangsheirat in der Regel außerhalb des schulischen Kontextes stattfindet, wird dieser Opfertyp nur selten erfasst, sodass diesbezüglich keine ausreichende Datenvalidität gewährleistet werden kann.

Aus diesem Grund wird bei der Auswertung alternativ auf das Alter der Geschädigten abgestellt.

Der nachfolgend aufgeführten Tabelle kann die Anzahl der polizeilich erfassten Opfer im Alter von 6 bis 19 Jahren entnommen werden, da es sich bei dieser Altersgruppe überwiegend um schulpflichtige Kinder, Jugendliche und Heranwachsende handelt:

Anzahl Opfer von Zwangsheirat (PKS-Schlüssel: 232500) im Alter zwischen 6-19 Jahren mit eingetragener Tatzeit Juni - August			
	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024
Anzahl Opfer	2	1	2

Quelle: PKS Berlin

Darüber hinaus wird zu den dem Senat vorliegenden Zahlen zu Zwangsverheiratungen auf die Antworten auf die Schriftlichen Anfragen 19/23715 und 19/23727 verwiesen.

- Am liebsten würde Ateş bereits Grundschulkinder über diese Gefahr aufklären – auch weil die entsprechenden Gemeinschaften keinerlei Unrechtsbewusstsein hätten. Welche Präventionsmaßnahmen gibt es gegen Zwangsverheiratungen?

Zu 3.: Hierzu wird auf die Antwort auf die Schriftliche Anfrage 19/23715 – insbesondere auf Frage 14 - verwiesen.

4. Auch das Bezirksamt Neukölln warnte in einer Mitteilung vor „drohenden Zwangsverheiratungen und Heiratsverschleppungen während der Sommerferien“. Jährlich fürchteten „viele Berliner Jugendliche“ während der Ferienzeit „in den Herkunftsländern der Eltern oder am Urlaubsort gegen ihren Willen“ verheiratet zu werden, heißt es in dem Text. Worauf stützt das Bezirksamt diese These?

Zu 4.: Das Bezirksamt Neukölln stützt seine Einschätzung auf entsprechende Hinweise aus der Beratung durch Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulsozialarbeit und Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern.

Berlin verfügt über Hilfeangebote für von Zwangsverheiratung betroffene oder bedrohte junge Frauen und junge Männer. Dennoch stellt das Bezirksamt in der Beratungsarbeit fest, dass die Informationen bezüglich der Beratungs- sowie Zufluchts- und Kriseneinrichtungen für von Zwangsverheiratung Bedrohte häufig nicht bekannt sind.

Häufig sind jedoch engagierte und sensibilisierte Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, Lehrkräfte sowie Schulsozialarbeiter*innen wichtige Ansprechpersonen und können hier eine wichtige präventive Rolle einnehmen, um Zwangsverheiratungen zu verhindern und betroffenen Schüler*innen adäquate Hilfsangebote zu vermitteln.

Das jährliche Informationsschreiben des Bezirks an Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und Mitarbeitende in Kinder- und Jugendeinrichtungen ist eine weitere Präventionsmaßnahme zu Zwangs-/Frühverheiratung und Verschleppung und enthält Handlungsempfehlungen, Hintergrundinformationen sowie Kontaktadressen für Fachkräfte.

5. Die Rückreise nach Deutschland werde ihnen teilweise unmöglich gemacht – obwohl „die meisten betroffenen Mädchen und Jungen“ in Deutschland aufgewachsen seien, so das Bezirksamt Neukölln. Bezirksbürgermeister Martin Hikel sagte, man wolle „Zwangs- und Frühverheiratungen“ nicht tolerieren – da es Menschenrechtsverletzungen seien. „Wir wissen aber, daß sie Realität sind für Neuköllner Jugendliche.“ Was unternimmt das Bezirksamt Neukölln bei Bekanntwerden von Fällen von Zwangsverheiratung? Wird Strafanzeige gestellt?

Zu 5.: Spezialisierte Beratungsstellen zeigen den Betroffenen die Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten der Hilfestrukturen auf. Das Bezirksamt wirkt unterstützend und begleitend bei Maßnahmen, um den Betroffenen zu helfen (z. B. eine Inobhutnahme, Unterbringung in Schutzeinrichtungen etc.).

6. Um die von der Stadt bereitgestellten Hilfsangebote bekannter zu machen, habe das Bezirksamt Neukölln vor den Ferien Informationsschreiben an Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen verschickt. Schüler, die eine Zwangsheirat befürchten, sollen eine Vertrauensperson ansprechen – und gegebenenfalls Kopien ihres Ausweises bei dieser Person hinterlassen. Welchen Erfolg und welchen Nutzen hatte und hat diese Maßnahme?

Zu 6.: Durch die Einbeziehung einer Vertrauensperson und Hinterlassung von Kopien des Ausweises und anderer relevanter Dokumente in Verbindung mit einer eidesstattlichen Erklärung, dass eine Rückkehr nach Deutschland gewünscht ist, können unterstützende Maßnahmen auch dann eingeleitet werden, wenn Betroffene im Herkunftsland keine Möglichkeit mehr zur Kontaktaufnahme nach Außen haben. Wenn sich Betroffene nach Ablauf des Datums, das für die Rückkehr vorgesehen war, nicht melden, können die Vertrauenspersonen auf Grundlage der eidesstattlichen Versicherung Unterstützungsmaßnahmen einleiten.

7. Zwangsheiraten sind in Deutschland seit dem 1. Juli 2011 nach § 237 des Strafgesetzbuches (StGB) strafbar. In Ergänzung zur Drs. 19/23727 frage ich: Wie viele Strafanzeigen wurden nach § 237 StGB gestellt? Wie viele Ermittlungsverfahren gab es nach § 237 StGB? Wie viele Verurteilungen gab es nach § 237 StGB? (Bitte nach Jahr und Bezirk aufschlüsseln) Wie viele Zwangsheiraten fanden im Ausland statt?

Zu 7.: Der Polizei Berlin liegen seit dem Berichtsjahr 2012 statistische Daten zum Delikt „Zwangsheirat“ vor. Sämtliche Strafanzeigen führen bei der Polizei Berlin zu Ermittlungsverfahren.

Die erfragten Daten können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Zwangsheirat (PKS-Schlüssel: 232500) gesamt				
Jahr	Anzahl Fälle	davon Versuche	Anzahl Opfer	davon minderjährig
2012	11	4	13	3
2013	4	1	4	3
2014	10	1	11	3
2015	5	1	6	0
2016	10	5	10	6
2017	13	5	13	6
2018	10	4	10	3
2019	9	2	9	4
2020	6	2	7	3
2021	9	9	9	5
2022	9	5	9	5
2023	6	4	6	2
2024	7	5	7	5

Eine Aufschlüsselung nach Bezirken ist wegen der fehlenden Regionalisierung in der PKS im automatisierten Verfahren nicht recherchierbar.

Statistische Aussagen zu Straftaten im Ausland mit Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland werden auf Basis der PKS seit dem Jahr 2024 ausgewertet. Zum Delikt Zwangsheirat wurde im Berichtsjahr 2024 kein Fall erfasst.

Die Anzahl der bei der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Ermittlungsverfahren sowie die Anzahl der höchstwertigen Erledigungen und bisher eingetragenen gerichtlichen Entscheidungen mit dem Delikt § 237 StGB für den Zeitraum 1. Januar 2020 bis 31. Oktober 2025 sind den folgenden Tabellen zu entnehmen.

Anzahl der Js- und UJs Verfahren mit dem Delikt §237 StGB, die im Zeitraum 01.01.2020 bis 31.10.1015 eingegangen sind:

Systemeingangsjahr der Verfahren	Anzahl Js	Anzahl UJs	Insgesamt
2020	12	0	12
2021	10	3	13
2022	14	3	17
2023	10	3	13
2024	15	2	17
2025	14	2	16
Summe	75	13	88

Anzahl der höchstwertigen Erledigung in den Js Verfahren mit dem Delikt §237 StGB, die im Zeitraum 01.01.2020 bis 31.10.1015 eingegangen sind:

Erledigungsart	Anzahl 2020	Anzahl 2021	Anzahl 2022	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025	Insgesamt
offen	0	0	0	0	0	1	1
Abg. innerh. ders. StA in a. Dez.	2	1	0	1	1	0	5
Abgabe an andere StA	1	3	0	1	7	1	13
Ablehnung der Übernahme	0	1	0	0	0	0	1
Anklage - Strafrichter	1	1	1	0	0	0	3
Einst. - § 170 II i.V.m. § 152 II StPO	0	0	0	0	1	0	1
Einst. - § 170 II StPO	4	4	8	6	4	9	35
Einst. - § 170 II StPO objektiv keine Straftat	1	0	0	1	2	2	6

endg. Einst. - § 154 StPO	0	0	1	0	0	0	1
Strafbefehl ohne FS	2	0	2	0	0	0	4
VE - § 154 f StPO	0	0	0	0	0	1	1
Verbindung mit anderer Sache	1	0	2	1	0	0	4
Summe	12	10	14	10	15	14	75

Anzahl der höchstwertigen Erledigung in den UJs Verfahren mit dem Delikt §237 StGB, die im Zeitraum 01.01.2020 bis 31.10.2025 eingetragen sind:

Erledigungsart	Anzahl 2020	Anzahl 2021	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025	Insgesamt
Einstellung	0	3	3	2	2	13
Summe	0	3	3	2	2	13

Anzahl der bisher eingetragenen gerichtlichen Entscheidungen zu den Beschuldigten aus den Js Verfahren mit dem Delikt §237 StGB, die im Zeitraum 01.01.2020 bis 31.10.2025 eingetragen sind:

Entscheidungsart	Anzahl 2020	Anzahl 2021	Anzahl 2022	Anzahl 2023	Anzahl 2024	Anzahl 2025	Insgesamt
Einst. § 153a II Nr 1 StPO (Wiedergutmachung)	0	0	1	0	0	0	1
Einst. § 154 II StPO (unwesentliche Nebenstraf-tat)	0	0	1	0	0	0	1
Freispruch	0	0	3	0	0	0	3
Geldstrafe	3	1	0	0	0	0	4
Summe	3	1	5	0	0	0	9

Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Löschfristen sind die Zahlen aus davorliegenden Zeiträumen im Registratursystem der Staatsanwaltschaft nicht mehr valide ermittelbar.

Der Strafverfolgungsstatistik für den Zeitraum 2012 bis 2019 ist für das Jahr 2012 die rechtskräftige Verurteilung einer Person nach §237 StGB zu entnehmen.

8. Die berlinweite Befragung aus dem Jahr 2022 weist 496 Fälle von vollzogenen, konkret geplanten oder befürchteten Zwangsverheiraten aus. Wie erklärt sich die Diskrepanz zur PKS? Wie hoch ist die Dunkelziffer einzuschätzen?

Zu 8.: Zunächst wird auf die allgemeinen Ausführungen zur PKS in der Vorbemerkung verwiesen.

Im Hinblick auf die erfragte Diskrepanz zur PKS ist Folgendes anzumerken: Die in der Frage genannte Erhebung des Berliner Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung hat auch androhte bzw. befürchtete Zwangsverheiratungen erfragt. Befragt wurden über 1.000 Einrichtungen (Antigewaltbereich, Migrations- und Frauenprojekte, Jugendämter, Polizei, die bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten sowie Schulen und Flüchtlingsunterkünfte). Die Befragung erhebt keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit; so können unter anderem Doppelzählungen nicht ausgeschlossen werden.

Zur erfragten Dunkelziffer ist der Polizei Berlin keine belastbare Aussage möglich. Zur Frage der Erhellung des Dunkelfelds wird auf die Beantwortung von Frage 5 der Schriftlichen Anfrage 19/23715 verwiesen.

9. a.) Wie lautet die Legaldefinition von Zwangsheirat?

b.) Der AK Zwangsheirat verwendet folgende Definition: „Zwangsheirat liegt dann vor, wenn eine Betroffene sich zur Ehe gezwungen fühlt und entweder mit ihrer Weigerung kein Gehör findet oder es nicht wagt, sich zu widersetzen, weil Eltern, Familie, Verlobte und Schwiegereltern mit den unterschiedlichsten Mitteln versuchen, Druck auf sie auszuüben. Dazu gehören physische und sexuelle Gewalt, Nötigung durch Drohungen, Einsperren, Entführung, psychischer und sozialer Druck sowie emotionale Erpressung, Einschränkungen in Bezug auf den Lebensstil und auf den Bewegungsspielraum und andere erniedrigende, entwertende und kontrollierende Behandlungen.“ Vgl. Ausschussprotokoll. Teilt der Senat diese Definition? Welche Definition von Zwangsheirat verwendet der Senat?

Zu 9.a) und b): Eine Legaldefinition der gesetzlichen Tatbestandsüberschrift „Zwangsheirat“ in § 237 StGB existiert nicht. Die Strafverfolgungsbehörden prüfen anhand der Tatbestandsmerkmale der genannten Strafvorschrift, ob sich jemand wegen vollendeter oder versuchter Zwangsheirat strafbar gemacht hat. Eine gesonderte Definition findet bei den Strafverfolgungsbehörden keine Verwendung.

Die vom Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung verwendete Definition von Zwangsverheiratung stellt nach Ansicht des Senats jedoch eine tragfähige Grundlage für die Entwicklung von Unterstützungs- und Präventionsangeboten sowie eine differenzierte Auseinandersetzung mit dieser Form geschlechtsspezifischer Gewalt dar.

Berlin, den 13. November 2025

In Vertretung

Micha K l a p p

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung